

Abschnitt 1:
„Mitbestimmung als demokratische Ressource“

Demokratie als Transformationsressource.¹

Über Regression, Resilienz und Progression in der kapitalistischen Demokratie

Hans-Jürgen Urban

1. Einleitung: zwischen Regression und Progression

Die Demokratien des entwickelten Kapitalismus befinden sich auf schwerer See. Auch wenn die Entwicklungen in den Staaten des europäischen und amerikanischen Kontinents unterschiedlich verlaufen, wird über alle Unterschiede hinweg eine allgemeine Krise der Demokratie konstatiert.² Politikwissenschaftler wie der Politologe Wolfgang Merkel diagnostizieren einen „Abwärtstrend der Demokratie“ und Jahre „des kontinuierlichen Qualitätsverlusts selbst der besten Demokratien“ (Merkel 2024, S. 18). Auch lange stabile Modelle der politischen Demokratie geraten vor allem von zwei Seiten unter Druck. Zum einen gefährdet ein weitverbreiteter Aufschwung rechter bis neofaschistischer Kräfte die Mindeststandards demokratischer Prozeduren und Kulturen; und zugleich tun sich die demokratisch legitimierten Regierungen mit der Überführung der fossilistischen Ökonomie in ökologisch und soziale nachhaltige Entwicklungsmodelle mehr als schwer. Hinzu kommen Herausforderungen wie globale Migration oder externe Schocks wie die Corona-Pandemie oder die geopolitischen Turbulenzen im Zuge des Ukraine-Krieges.

Alles das gilt auch für die kapitalistische Demokratie in Deutschland. In der aktuellen Demokratieforschung wird mitunter gefragt, wie demokratiepolitischer Rückschritt, also: demokratische Regression, vermieden und die Widerstandsfähigkeit demokratischer Strukturen, also: demokratische Resilienz, erhöht werden können. Als demokratische Resilienz definiert Merkel „die Fähigkeit eines demokratischen Regimes, externe Herausforderungen

1 Der Beitrag greift Argumente und Sichtweisen aus Urban 2019, Urban/Hebel 2023 und Urban 2024 auf, die aktualisiert und weitergeführt werden.

2 Als Beispiel für viele Analysen sei hier lediglich auf die Beiträge des Schwerpunktheftes „Aus Politik und Zeitgeschichte“ mit dem Titel „Demokratie in Gefahr?“ (27/2024) verwiesen.

und interne Stressoren zu absorbieren und sich den wandelnden funktionalen Bedingungen demokratischen Regierens dynamisch anzupassen, ohne in einen Regimewandel zu geraten oder seine definierenden Prinzipien, Funktionen und Normen aufzugeben oder zu beschädigen“ (Merkel 2024, S. 19). Im Kern laufen Überlegungen dieser Art auf den Erhalt und die Stabilisierung existenter Strukturen und Standards hinaus. Veränderungen werden als notwendige Anpassungen an geänderte Kontexte gesehen, um die institutionellen, prozessualen und normativen Standards zu sichern.

Die vorliegenden Überlegungen formulieren ein höheres Ambitionsniveau für Forschung und Politik. Es geht über die strukturkonservative Widerstandsfähigkeit existenter demokratischer Strukturen und Normen hinaus. Die zentrale These lautet: Nachhaltige Vermeidung demokratischer Regression bedarf ausgreifender demokratischer Progression. Mit anderen Worten: Der Autoritarismus im kapitalistischen Betrieb sowie die sozialen Verwerfungen kapitalistischer Krisen erzeugen systemimmanent soziale Spaltungen und Abstiegsängste, die sich schnell zu Legitimationsproblemen der politischen Demokratie auswachsen können. Daraus folgt: Demokratische Widerstandsfähigkeit erfordert mehr als die Verteidigung politischer Strukturen. Sie benötigt vor allem eine Demokratisierung von Unternehmen, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, um den Demokratie-Gefährdungen entgegenzuwirken, die systemisch und – das wird zu zeigen sein – verstärkt in der Periode der ökologischen Transformation aus den ökonomischen Feldern in Gesellschaft und Politik ausstrahlen. Daher sollte die Demokratisierung des Ökonomischen als elementare Transformationsressource begriffen werden, die helfen kann, sozial riskante Dynamiken demokratiepolitisch einzuhegen.

Dieser Zusammenhang ist mit Blick auf die ökologische Transformation und die damit einhergehenden Gefährdungen von hoher Brisanz. Soll das Risiko verringert werden, dass der Übergang in eine postfossile Produktions- und Lebensweise mit der Zuspitzung sozialer Verwerfungen und politischer Legitimationsverluste einhergeht, müssen nicht nur ökologische und soziale Ziele ineinandergreifen. Vielmehr befördert bereits der tägliche Autoritarismus im kapitalistischen Betrieb die Gefahr der Ausweitung rechtspopulistischer bis neofaschistischer Kräfte in den Unternehmen; und die neoliberale Wirtschaftspolitik erweist sich als unfähig, drohenden Einkommens-, Beschäftigungs- und Statusverlusten vorzubeugen. Daher erweist sich die Demokratisierung von operativen Prozeduren und investiven Strategieentscheidungen im Betrieb und der Wirtschaftspolitik für eine gelingende Transformation sowie für eine resiliente Demokratie als zentral.

Der Verzicht auf eine solche Demokratisierung des Ökonomischen ließe eine soziale und politische Dynamik unangetastet, die sich immer wieder – und vor allem in der Epoche der ökologischen Transformation! – als Gefahr für die Demokratie entfaltet. Ohne ein Eindringen demokratischer Prinzipien in vordemokratische Räume (wie Betrieb und Wirtschaft) dürfte eine Politik der Steigerung der demokratischen Resilienz (in Gesellschaft, Politik und Kultur) stets fragil bleiben, da sie sich nicht in Räume vorwagt, aus denen in kapitalistischen Gesellschaften systemisch Demokratiegefährdungen erwachsen.

Die Argumentation des Beitrags gliedert sich wie folgt. Einem kurzen Blick auf den Charakter der gegenwärtigen Krise folgen Ausführungen zum Autoritarismus im kapitalistischen Betrieb sowie zu einigen Optionen gewerkschaftlicher Demokratiepoltik. Dem schließen sich Überlegungen zum Konzept einer ökosozialen Wirtschaftsdemokratie sowie ein Plädoyer für einen neuen Reformismus an. Ein kurzer Ausblick auf den gesellschaftlichen Zusatznutzen einer durchgreifenden Demokratisierung der Ökonomie schließt den Beitrag ab.

2. Polykrise und die Interdependenz von Demokratie und ökologischer Transformation

Die Analyse der Rahmenbedingungen einer demokratiestabilisierenden Politik greift ohne Blick auf die Spezifik der gegenwärtigen Epoche zu kurz. Nicht nur die Institutionen der politischen Demokratie, der globale Kapitalismus insgesamt befindet sich in einer krisenhaften Umbruchperiode. Machtpolitische Friktionen und Krieg im globalen System, Ukraine-Krieg, Terror und Gegenterror im Nahen Osten, Corona-Krise, reißende Liefer- und Wertschöpfungsketten und vieles mehr generieren einen Kontext, der die Funktionsbedingungen der kapitalistischen Entwicklungsmodelle infrage stellt. Der Sozialhistoriker Adam Tooze hat diese Konstellation als Polykrise auf den Begriff gebracht. „Eine Polykrise lässt sich definieren als eine Situation, in der das Ganze gefährlicher ist als die Summe seiner Teile. Oder anders gesagt: Die einzelnen Krisen existieren nicht einfach nebeneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig. Sie sind über vielfältige Wirkungskanäle miteinander verbunden“ (Tooze 2022).

Bei dieser Polykrise handelt es sich nicht um eine „normale“ kleine (also konjunkturelle) oder große (also strukturelle) Krise des Kapitalismus. Es handelt sich um eine „fundamentale“ Krise (Urban und Hebel 2023).

Das Wachstum in der Prosperitäts-Periode des nördlichen Kapitalismus beruhte auf fossilen Energieträgern. Doch dieses fossile Wachstum stößt vor allem aus ökologischen Gründen an seine Grenzen. Sein CO₂-Ausstoß überfordert die Natur. Daher die Dringlichkeit der De-Karbonisierung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Es geht um die Erneuerung des energetischen Fundaments durch regenerative Energien. Das Ende des fossilen Entwicklungsmodells und der friktionsreiche Übergang in ein neues Modell steht im Zentrum der Polykrise. Doch die erforderliche Transformation muss sich in einem Kontext vollziehen, den Tooze zu Recht als Geflecht wechselseitiger Abhängigkeiten beschreibt. Konkreter: Die Dekarbonisierung der Produktions- und Lebensweise muss vor allem in den Stätten der Produktion, in den Betrieben, stattfinden. Dort kann sie mit der Zuspitzung der sozialen Risiken für die abhängig Arbeitenden einhergehen. Beschäftigung, Einkommen und berufliche Perspektiven können unter Druck geraten. Damit gerät auch der erarbeitete soziale Status in Gefahr. Wo Beschäftigung, materielle Rechte und Sozialstatus unter Beschuss stehen, wachsen Abstiegsängste, Wut und Vorbehalte gegenüber dem politischen System, das für die Zumutungen verantwortlich gemacht wird. In einem Klima aus Angst, Wut und Ablehnung von Demokratie und seinen Funktions-Eliten gedeihen Sündenbock-Erzählungen und autoritäre Politikangebote gut (Mau, Lux, Westheuser 2023). Gesellschaftskritische Analysen, solidarische Krisenlösungen und demokratische Gegenwehr haben es hingegen schwer. Fortschritte bei der ökologischen Transformation können so schnell Rückschritte für die Demokratie erzeugen.

Dieses Geflecht aus Wechselwirkungen zwischen der Krise der fossilen Produktions- und Lebensweise und der Erosion politischer Legitimation sollte bei der Analyse der Demokratiekrise nicht unter den Tisch fallen. Es zeigt, dass zentrale, als Krisenphänomene der politischen Demokratie zutage tretende Probleme in den Funktionsmechanismen der ökonomischen Basis wurzeln und auch dort behoben werden müssen. Damit rücken Betrieb und Wirtschaft als relevante Felder einer Politik der Demokratie-sicherung ins Blickfeld. Im Folgenden soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass es sich dabei um autoritär verfasste Strukturen, und nicht um demokratische Räume handelt, und dass die Demokratisierung dieser Räume eine Bedingung einer möglichen Stärkung der Demokratie darstellt.

3. Betrieblicher Autoritarismus als strukturelles Problem

Die wachsende Zustimmung zu rechtspopulistischen Strömungen in der Politik wird vielfach beobachtet und kommentiert. Anders ist die Entwicklung in den Betrieben. Dabei stellt der kapitalistische Betrieb ein besonderes Terrain dar, auf dem sich die Bedingungen im Kampf gegen rechts von denen der Gesellschaft und Medien unterscheiden. Im kapitalistischen Betrieb herrschen vordemokratische Verhältnisse. Das gilt vor allem für die Berechtigung der Belegschaften, die eigenen Dinge frei und direkt bestimmen zu können. Sie existiert nicht. Besitz-, Macht- und Anweisungsstrukturen gleichen eher einem institutionellen Absolutismus als einer modernen Demokratie. Die Rechte, die Menschen außerhalb der kapitalistischen Arbeitswelt haben, sucht man im Betrieb vergebens. Hier herrscht nicht „das Volk“. Die Eigentümer*innen der Produktionsmittel und die von ihnen beauftragten Manager*innen und Vorstände haben das Sagen. Diese Strukturen wurden auch als *autoritäre private Regierung* charakterisiert. Mit Blick auf die Binnenstruktur US-amerikanischer Konzerne stellt Elizabeth Anderson in einem vielbeachteten Buch fest: „Es ist eine Form von *Regierung*, in der die Chefs die Arbeiter regieren. Die meisten Regierungen der Betriebe sind Diktaturen, in denen Bosse auf eine Art und Weise regieren, die den Regierten im Großen und Ganzen keine Rechenschaft schuldet. Sie regieren die Arbeiter nicht bloß, sie *beherrschen* sie“ (Anderson 2019, S. 29f.; Herv. i. O.). Regieren ohne Rechenschaftspflicht und ohne Pflicht, die Regierten in die Entscheidungen einzubeziehen, mache die Arbeitgeber letztlich zu privaten „autoritäre(n) Herrscher(n)“ (Anderson 2019, S. 94).

Betriebliche und Unternehmensmitbestimmung sowie Modelle der Beteiligung am Arbeitsplatz wirken diesem Autoritarismus entgegen. Werden sie offensiv ausgelegt und konfliktbereit gelebt, bringt die Mitbestimmung ein Stück Anti-Autoritarismus in die Arbeitswelt. Hier haben die Gewerkschaften in Deutschland aus historischer Perspektive Ansehnliches vorzuweisen, auch wenn die Tendenz zu Betrieben ohne Betriebsräte und Tarifbindung unübersehbar ist (Hohendanner und Kohaut 2024). Historische Erfolge können auch bei Einkommen, Kündigungsschutz usw. (Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft) sowie den allgemeinen Arbeitsbedingungen, dem Arbeits- und Gesundheitsschutz (Bedingungen der Verausgabung der Arbeitskraft) usw. festgestellt werden, auch wenn Reallöhne und insbesondere die psychische Gesundheit der Beschäftigten zunehmend unter Druck geraten (Urban 2019). Doch mit Blick auf eine echte Demokratisierung des kapitalistischen Betriebes sind die Erfolge eher gering. Auch in

mitbestimmten Betrieben haben die Belegschaften nicht die Macht, die der Bevölkerung in einer direkten oder parlamentarischen Demokratie zukommt. Entscheidungen über das was, wie und wofür der Produktion bleiben ihnen vorenthalten. Das legt eine Schlussfolgerung nahe: Im vor-demokratischen Raum für Demokratie zu kämpfen, muss mehr sein als der Kampf gegen den menschenfeindlichen Autoritarismus der Rechten.

Das ist leichter gesagt als getan. Die Anweisungs- und Gehorsamsbeziehungen im kapitalistischen Betrieb, die auch in krisenfreien Zeiten die Architektur der Aufbau- und Ablauforganisation bestimmen, sind *strukturell* autoritär und nicht demokratisch. Diese autoritäre Grundstruktur gehört gleichsam zur betrieblichen Normalität. Der Kapitalist sichert sich durch den Kauf der Arbeitskraft das Recht, dass die eingekaufte Arbeitskraft auch tatsächlich, und zwar nachhaltig und nicht nur sporadisch, in verausgabte Arbeit umgewandelt wird. Denn erst durch die Anwendung der Arbeitskraft werden Produkte oder Dienstleistungen erstellt; erst so entsteht der Überschuss über die Kosten der Arbeitskraft, aus der dann der Profit werden kann.

Dass die Arbeitskraft in Arbeit umgewandelt wird, kann durch Befehle, durch finanzielle Anreize, durch arbeitsinhaltliche Motivationen, durch direkte oder indirekte Kontrolle oder wie auch immer veranlasst werden. Aber aus Sicht des Kapitalisten bleibt ein Rest an Unsicherheit. Deshalb vollzieht sich dieser Prozess stets, so Karl Marx in seiner Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses, „unter dem ängstlichen Auge des Kapitalisten“ (Marx 1980, S. 199). Da sichergestellt werden muss, dass die Transformation der Arbeitskraft in Arbeitsleistung auch in der gewünschten Weise erfolgt, und da Arbeitsteilung und Kooperation im Produktionsprozess stets instabil bleiben, sei die „kapitalistische Leitung“ von Arbeitsorganisation und Kooperation im Betrieb „der Form nach despotisch“ (Marx 1980, S. 351). Despotismus statt Demokratie als Strukturmerkmal des kapitalistischen Unternehmens, so lautet die Kurzformel dieser Analyse.

Es gehört daher zur historischen Kernaufgabe der Gewerkschaften, diesen Despotismus durch Mitbestimmung und Partizipation nachhaltig zu zivilisieren. Doch diese Zivilisierung bleibt fragil, denn sie steht im Spannungsverhältnis zum eigentlichen Zweck der Produktion. Im Betrieb stehen nicht der Kampf um mehr Einfluss der Belegschaften oder gegen autoritäre oder faschistische Einstellungen, sondern die maximale Verwertung des Kapitals im Zentrum des Geschehens. Dieser ökonomische Imperativ dominiert Zwänge, Regeln und Ziele derer, die die Führung des Betriebs innehaben. Auch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sollen so

ausfallen, dass sie diesem Verwertungsimperativ dienlich sind. Ist das nicht der Fall, wird politischer Druck in diese Richtung erzeugt und werden so orientierte politische Kräfte unterstützt. Das hat in der Vergangenheit mitunter katastrophale Folgen gezeitigt. Um Rentabilität, Eigentumsverhältnisse und betriebliche Hierarchien auch in zugespitzten Krisen zu sichern oder um die politischen Rahmenbedingungen stärker auf die jeweils aktuellen Profitbedürfnisse auszurichten, haben sich Kapitaleigentümer*innen, Manager*innen oder Lobbyverbände nicht selten als Unterstützer*innen autoritärer Kräfte, mitunter gar als Steigbügelhalter des Faschismus betätigt. Die Rolle der Wirtschaft bei der Machtübernahme des Hitler-Faschismus im Deutschland der 1930er-Jahre mag als Beleg genügen. Auch der erneut gewählte, erzreaktionäre US-amerikanische Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Donald Trump, profitierte vor und nach der Wahl davon. „Sowohl an der Wall Street als auch im Silicon Valley macht sich Unterstützung für Trump breit. Immer mehr Vertreter der Finanz- und der Technologiebranche schlagen sich öffentlich auf seine Seite“ (Lindner 2024). Ein Grund für die Unterstützung Trumps seien Pläne des vorherigen Präsidenten Joe Biden für eine Mindeststeuer für Superreiche und höhere Kapitalertragssteuern. Es hat also systemische Gründe, wenn Donald Trump mit seiner Politik zum „Darling“ der amerikanischen Tech-Milliardäre avancierte (Hurtz 2024).

4. Demokratiepolitik in Betrieb und Wirtschaft

Parlamente, Gesellschaft und Betrieb sind mit Blick auf die Bekämpfung demokratiefeindlicher Kräfte also unterschiedliche Orte. Die Kampfbedingungen unterscheiden sich, doch alle dürften für eine koordinierte Politik gegen rechts ihre Bedeutungen und Wertigkeiten haben.

Den Gewerkschaften kommt in allen diesen Feldern eine allgemeine, in einigen eine besondere Verantwortung zu. Ihre besondere Zuständigkeit liegt vor allem in den gesellschaftlichen Bereichen, die sich rund um die Arbeit gruppieren. Zu diesen gehören nicht nur die Betriebe. Die Gewerkschaften haben auch vor Wahlen ihre Stimme gegen sozial und politisch reaktionäre und für progressive Kräfte zu erheben. Die Zusammensetzung von Parlamenten und Regierungen ist für sie keineswegs bedeutungslos. Die dort beschlossenen Gesetze und Budgets prägen maßgeblich die Bedingungen gewerkschaftlicher Entwicklung und Politik. Besonders gefordert sind sie, allen sozialen, politischen oder ideologischen Entwicklungen ent-

gegenzutreten, die der AfD und anderen antidemokratischen Kräften Aufschub leisten können. Wo rechte Aktivitäten auftreten, gilt es, zu widersprechen, aufzuklären und andere Lösungen aufzuzeigen. Das ist der Dreiklang demokratischer Gegenwehr. Aber das reicht nicht.

Unverzichtbar, denn im Zeitablauf nachhaltiger, scheint eine Politik der sozialen Prävention. Soziale Absturz- und Abstiegsängste sind oftmals die Grundlage für menschen- und demokratiefeindliche Wut, wobei sich Absturz und Abstieg vor allem im Ausmaß der Verluste sozialer Besitzstände unterscheiden. Diese Ängste sind für abhängig Arbeitende in kapitalistischen Ökonomien durchaus begründet. In Zeiten marktdominierter Transformationen allzumal. Deshalb muss Präventionspolitik gegen rechts immer auch Politik gegen den sozialen Absturz durch Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit usw. und gegen sozialen Abstieg durch Dequalifizierung, Einkommensverluste usw. sein. Absturz- und Abstiegsängste leiten Wasser auf die Mühlen der Rechten, ihnen vorzubeugen heißt, den Rechten das Wasser abzugraben.

In der gegenwärtigen Transformation ist die Prävention von Absturz- und Abstiegsängsten so wichtig wie schwierig. Drohende Beschäftigungs-, Einkommens- und Statusverluste sind allgegenwärtig, in der Realität wie im Bewusstsein der Bedrohten. Sie verbinden sich mit Zweifeln am Erfolg der industriellen Dekarbonisierung und der Verlässlichkeit der herrschenden Politik. Mehr noch, das Empfinden, dass eigene soziale Interessen weder in den Managementstrategien noch in den herrschenden Politiken außerhalb der Betriebe eine faire Berücksichtigung finden, lässt Skepsis mitunter in aggressive Anti-Haltung gegen die Transformation und ihre Protagonisten umschlagen. Hier entstehen Andockpunkte für den rechten Betriebsaktivismus. „Auflehnung gegen Klimapolitiken, die ökologische Nachhaltigkeit unter Ausblendung sozialer Gerechtigkeit praktizieren, ist ein Einfallstor für das scheinrebellische ‚Weiter so‘ der radikalen Rechten“ (Dörre, Liebig, Lucht, Sittel 2023, S. 37).

Es hilft wenig, dass schon ein oberflächlicher Blick die rechten Weiter-so-Strategien als inhaltsleere Symbolik einer inszenierten regressiven Bewegung sichtbar werden lässt (Urban 2018b). Das rechte Politikangebot rebelliert keineswegs wirklich gegen Privilegien und Machtstrukturen im Betrieb; es inszeniert eine solche Rebellion lediglich. Vor allem will es die Verhältnisse nicht zum Vorteil aller Belegschaftsteile verbessern, sondern propagiert eine regressiv, also in die Vergangenheit gerichtete Zukunft, die durch die rassistischen Zumutungen selbst die im Betrieb ohnehin schwach ausgeprägten Ansätze einer solidarischen Problembewältigung verspielen

würde. Deshalb sind die Aktivitäten der Gewerkschaften im politischen Raum für öffentliche Investitionen in die stoffliche Transformation und ihre sozialpolitische Flankierung so wichtig. Zentral für die Akzeptanz der Mobilisierung öffentlicher Gelder für privatwirtschaftliche Anpassungen ist ein Mindestmaß an Klassen- und Verteilungssensibilität. Wenn Ressourcen aus dem öffentlichen Steueraufkommen, das sich zu großen Teilen aus Steuern auf Arbeits-, und mitunter auch auf Sozialeinkommen (Steuern auf gesetzliche Renten) speist, an privatkapitalistische Unternehmen fließen, landen diese schnell in Konzern-Profiten, Vorstands-Boni oder Aktionärs-Dividenden, ohne merkbare Beiträge zu einer gelingenden Transformation zu leisten. Eine ähnliche Fehlentwicklung ließe sich für kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben mit Blick auf die Verteilung von *costs* und *benefits* zwischen den Generationen feststellen; jedenfalls dann, wenn sie in unproduktive Bereiche verschwinden. Solche verteilungspolitischen Fehlentwicklungen können und müssen durch die sanktionsbewehrte Bindung öffentlicher Zuschüsse an produktive Investitionen und ökonomische, ökologische und soziale Kriterien vermieden werden. Standort- und Beschäftigungszusagen, mit Betriebs- und Aufsichtsräten vereinbarte Transformations-Abkommen, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsprüfungen und andere Maßnahmen können dies bewirken.

Maßnahmen dieser Art öffnen auch ein Zeitfenster für mehr Einflussnahme von Beschäftigten, betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Mitbestimmung bei der Entwicklung und Fixierung von Transformationsplänen in den Unternehmen ist notwendigerweise mit der Einflussnahme auf die Struktur der neuen Wertschöpfungsketten und die dafür notwendigen Investitionen verbunden. Damit dringt die Mitbestimmung in den Kernbereich privatkapitalistischer Eigentumsrechte vor. Und damit gewinnt die betriebliche Transformationspolitik an Demokratie, um die es ansonsten im Betrieb schlechtgestellt ist. In Summe, so könnte ein Zwischenfazit lauten, geht es um eingreifende Politik, die die Entwicklung in den Betrieben in Richtung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und mehr Demokratie ausrichtet (Urban 2019, 183ff.).

5. *Öko-soziale Wirtschaftsdemokratie, transformative Reformallianzen und Plädoyer für einen neuen Reformismus*

Kurzum: eine offensive Demokratiepolitik darf nicht beim Kampf gegen rechten Autoritarismus stehen bleiben. Sie sollte den Schwung demokratischer Mobilisierung von Belegschaften auch gegen den alltäglichen Autoritarismus kapitalistischer Normalität in den Betrieben richten. Denn ohne demokratischere Verhältnisse in den Betrieben bleibt der Kampf gegen rechts in der Gesellschaft fragil. Doch das Ambitionsniveau der Demokratisierungspolitik sollte noch höher liegen. Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft muss der Konflikt um die Erweiterung des demokratischen Terrains im Unternehmen stets an Grenzen stoßen. Nachhaltige Demokratisierungsstrategien der politischen Akteure müssen diese überwinden, will sagen: die Demokratisierung betrieblicher und überbetrieblicher Entscheidungsstrukturen müssen Hand in Hand gehen, soll die erwünschte Transformationsdynamik nicht den Regeln kapitalistischer Märkte, sondern den ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsbedürfnissen der Gesellschaft folgen.

Wie aber müsste die neue, eine Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts konzipiert werden? Anregungspotenziale finden sich bei den Theoretikern der „alten“ Wirtschaftsdemokratie wie Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Viktor Agartz (Urban 2019, S.215ff.). Angeknüpft werden kann zweifelsohne an der Einsicht der Wirtschaftsdemokraten, dass die politische Demokratie, der bürgerliche Parlamentarismus zumal, lediglich eine „halbierte“, unvollendete Demokratieform darstellt, weil sie das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung lediglich für die Sphäre des Politischen zur Geltung kommen lässt, es aus den Bereichen der Wirtschaft und vielfach auch der Gesellschaft aussperrt. Richtig erkannt wurden zugleich die Wichtigkeit, aber auch die Grenzen betrieblicher und unternehmenspolitischer Mitbestimmung und die Notwendigkeit ihrer Einbettung in überbetriebliche, in regional- und strukturpolitische, in gesamtwirtschaftliche sowie in sozial- und arbeitsmarktpolitische Strategien und Strukturen. Und schließlich waren sich Naphtali u. a. der machtpolitischen Dimension der Demokratisierung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse durchaus bewusst; die Entmachtung der wirtschaftlichen Eliten der monopolisierten Großkonzerne sowie der politischen Eliten des bürgerlich-kapitalistischen Staates wurde als Ziel wirtschaftsdemokratischer Zwischenschritte und als Voraussetzung der Erreichung des Endziels des Sozialismus aufgefasst.

Doch trotz der Aktualität dieser Essentials, Blaupausen für die „neue“ Wirtschaftsdemokratie halten diese Konzepte nicht bereit. Vieles an ihnen muss mit Blick auf die Bedingungen des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden müssen.

- Das gilt *erstens* für die Gewissheit, mit der das Endziel Sozialismus als Fixpunkt wirtschaftsdemokratischer Reformen galt sowie für die Gewissheit, mit der die Eroberung der Kommandohöhen der wirtschaftlichen Monopole als sichere Schritte dorthin aufgefasst wurden. Weder kann das Sozialismus-Ziel als Konsens aller derer unterstellt werden, die als Protagonisten wirtschaftsdemokratischer Reformen gewonnen werden müssen; noch existiert in der Linken der Gegenwart eine hinreichende Idee von dem, was – nach dem Scheitern der Systeme des bürokratischen Staatssozialismus – heute unter einer sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft verstanden werden sollte – von den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im globalen Finanzmarkt-Kapitalismus ganz zu schweigen.
- Unverzichtbar in einem neuen Konzept der Wirtschaftsdemokratie ist *zweitens* die Erweiterung der traditionellen Kapitalismuskritik um die Kritik des „fossilistischen Kapitalismus“ (Elmar Altvater) und die Integration ökologischer Konversionsstrategien in ein wirtschaftsdemokratisches Konzept. Gerade weil Krisen bei der Rohstoff- und Energieversorgung, die drohende Klimakatastrophe, der Verlust an Biodiversität und die Überforderung der natürlichen Senken durch Schadstoffe letztlich als eine Zuspitzung immanenter Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise begriffen werden müssen, sollte die traditionelle Kritik der Politischen Ökonomie auch in wirtschaftsdemokratischen Strategien um die Kritik der Politischen Ökologie erweitert werden. Damit gewinnt die Demokratisierung gesellschaftlicher Produktions-, Verteilungs- und Konsumententscheidungen auch als Mittel zum Zweck einer ökologischen Konversions- und Transformationsstrategie an Bedeutung. Die traditionelle wird zur ökosozialen Wirtschaftsdemokratie.
- Blicke schließlich *drittens* die Staatsfrage, oder besser: das Etatismusproblem der klassischen Wirtschaftsdemokratie. Trotz relevanter Unterschiede, sind die traditionellen Konzepte stark vom Staat aus gedacht. Nationalstaatliche Politik bildet das Zentrum der Übergangsstrategien wie der Funktionsweise einer demokratischen Ökonomie. Diese Fixierung auf den Nationalstaat erweist sich in zweifacher Hinsicht als korrekturbedürftig. Zum einen muss spätestens seit der linken Kritik am sozialstaatlichen Etatismus davon ausgegangen werden, dass – trotz eventuell

gegenteiliger Intentionen – auch der Sozialstaat durch seine Interventionsmedien Recht und Geld nicht immer mehr soziale Sicherheit, Solidarität und individuelle Freiheit, sondern mitunter auch mehr Bürokratie, Repression und Ökonomisierung sozialer Verhältnisse erzeugt. Damit gewinnen die nicht-staatlichen Voraussetzungen einer emanzipierten und freien Lebensweise an Bedeutung. Das gilt insbesondere für Fragen der Geschlechterdemokratie und Modelle einer gleichberechtigten alltäglichen Lebensweise von Männern und Frauen. Zugleich kann die Transnationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und ihre einschränkenden Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten nicht ohne Folgen für ein neues Modell von Wirtschaftsdemokratie bleiben. Sicherlich hat die beliebte These von der Ohnmacht des Nationalstaates eher zur Entlastung des Steuer- und Sozialstaates von (berechtigten) Erwartungen der Bürger*innen als zur Erklärung der Realität beigetragen. Aber dass eine demokratisch ambitionierte Politik der Steuerung der Real- und Finanzökonomie an den nationalstaatlichen Grenzen nicht haltmachen kann, ist evident. Auch Wirtschaftsdemokratie muss heute als ein Mehrebenen-Konzept entworfen werden. Ein Konzept, in dem Reformen und Regulierungen auf der europäischen, der nationalstaatlichen, der regionalen sowie der betrieblichen Ebene ineinandergreifen.

Bereits diese kursorischen Anmerkungen lassen die Dimension der Aufgabe deutlich werden. Offensichtlich ist, dass wirtschaftsdemokratische Fortschritte nur im Rahmen eines inkrementellen, konfliktintensiven Prozesses erwartet werden können. Der eine große Wurf wird Illusion bleiben. Die Überführung der gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen Marktökonomie in eine öko-soziale Wirtschaftsdemokratie bedarf einzelner reformpolitischer Projekte, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten im politischen Mehrebenen-System zu entwickeln und anzugehen wären. Radikale ökologische Transformationsstrategien stehen jedoch vor einem Dilemma: Der Wandel, den sie bewerkstelligen müssen, ist systemtransformativ; er muss über das kapitalistische Wirtschafts- und Konsumptionsmodell hinausweisen. Die Realisierungschancen einer solchen, radikalen Veränderung sind jedoch ausgesprochen gering. Dem transformativen Ziel stehen widrige Kräfteverhältnisse gegenüber. Transformativ orientierte Kräfte sind schwach wie nie. Alle politischen Strategien müssen sich zu diesem Dilemma verhalten. Der Handlungsdruck ist so groß und die Zeit, die zur Abwendung der Klimakatastrophe verbleibt, so knapp, dass alle Möglichkeiten zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes genutzt wer-

den müssen. Die Gesellschaften können es sich nicht leisten, praktikable Varianten der Schadstoffreduzierung auch unterhalb der Transformation rechts oder links liegen zu lassen. Alles, was machbar ist und die transformative Perspektive nicht blockiert, muss genutzt werden.

Das liefe auf einen Öko-Reformismus hinaus, der freilich ein anderer sein muss als jener, der traditionell in den Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie zu Hause war. Der neue Öko-Reformismus muss sich vor allem durch seine zeitliche Nähe zur Transformationsperspektive, seinen Inhalten und seiner Interventionstiefe vom traditionellen Reformismus unterscheiden:

- *Erstens* muss der Öko-Reformismus einer dezidiert kapitalismuskritischen Wachstumskritik einen anderen Stellenwert zuordnen, als traditionelle Strategien das getan haben. Auch wenn die Forderung nach einem pauschalen Wachstumsverzicht weder auf demokratische Zustimmung hoffen noch die notwendigen ökonomischen Ressourcen eines offensiven Umbaukonzeptes bereitstellen könnte (Deutschmann 2024), so muss der Dialektik aus Aus-, Um- und Rückbau ökonomischer Branchen und Sphären eine gänzliche neue Bedeutung zukommen.
- *Zweitens* muss der ökosoziale Reformismus einer anderen Zeitlogik folgen. Er kann sich nicht mit den langen Prozeduren demokratisch-bürokratischer Entscheidungsfindungen begnügen. Die beschleunigte Naturzerstörung führt dazu, dass auch der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel und die daraus folgenden Veränderungen beschleunigt werden müssen. So negativ das Prinzip der Beschleunigung als Ökonomisierungsprinzip der Moderne wirkt (Rosa 2005), so notwendig ist Beschleunigung bei reformerischen Gegenmaßnahmen gegen Klimakrise und Ressourcenverschwendung.
- *Drittens* muss die Regulations- und Interventionstiefe des komprimierten Reformismus eine ganz andere sein als früher. Der traditionelle Reformismus hat in der Regel gewartet, was der Markt an Wertschöpfung hervorbringt, um diese dann in soziale Reformen zu übersetzen. Heute wissen wir, dass die Eingriffe in Märkte, Produktion und Produkte erheblich tiefer ausfallen müssen. Demokratisch gesetzte Ziele müssen die ökonomische Entwicklung bestimmen und nicht die Logik der profitabelsten Allokation von Ressourcen. Das erfordert Eingriffe in die kapitalistische Eigentumsordnung.
- Und schließlich muss der neue Reformismus *viertens* auf eine weitreichende Einbettung von Produktions- und Investitionsentscheidungen in

die gesellschaftlichen Kontexte setzen. Der traditionelle Reformismus war in hohem Maße etatistisch. Er war orientiert auf die Regierungspolitik und verzichtete weitgehend auf Rückkopplung mit der Zivilgesellschaft, mit den Interessen der Menschen in den Regionen und Branchen. Auch das muss ein komprimierter Öko-Reformismus anders machen.

Kurzum: Der neue Öko-Reformismus kann sich nicht einfach aus dem Repertoire reformistischer Vorstellungen der wohlfahrtsstaatlichen Ära bedienen. Er muss auf eine neue Form von Wachstumskritik setzen, einer beschleunigten Zeitlogik folgen, in einem neuen Ausmaß lenkend in die Markt- und Produktionsprozesse eingreifen und schließlich demokratische Legitimation nicht nur aus Wahlen, sondern aus einer neuen Qualität der Beteiligung der Betroffenen ziehen.

Die neue Wirtschaftsdemokratie ist und bleibt ein äußerst voraussetzungsvolles Projekt. Als Bauplan enthält sie die Skizze eines Wirtschaftssystems, in der die planvolle Einwirkung demokratisch legitimierter Politik auf die Ökonomie gesichert wird. Als regulative Idee leitet sie eine Transformationsstrategie an, die über die sukzessive Ausweitung individueller Partizipation, kollektiver Mitbestimmung und gesellschaftlicher Planung auf die allmähliche Überführung der profitgesteuerten (Finanz-)Ökonomie in eine solidarische Ökonomie zielt, in der wirtschaftliche Effizienz mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit immer wieder neu ausbalanciert wird. Unverzichtbar wäre, dass sich vor allem die Gewerkschaften einer solchen strategischen Orientierung zuwenden. Doch offensichtlich ist auch, dass die Erreichung solcher Ziele nur durch einen Verbund unterschiedlicher Akteure realistisch erscheint, die mit unterschiedlicher Expertise und jeweils eigenen Machtressourcen in den jeweiligen Arenen agieren. Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, in dem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammentun und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen. Und dies, ohne eigene Identitäten preiszugeben. Die Anforderungen dieser Konstellation an einen politischen Akteur sollen im Begriff der *Mosaik-Linken* zum Ausdruck kommen (Urban 2023). Dabei ist die Mosaik-Linke nicht mit klassisch linken Vorstellungen von Bündnispolitik eines mit hegemonialen Kapazitäten ausgestatteten Teilakteurs in eins zu setzen. Die Metapher des Mosaiks akzeptiert vielmehr, dass auch kapitalistische Gesellschaften Prozessen der sozialen Differenzierung unterliegen, aus denen eigenwillige Handlungssysteme mit eigenen Handlungszwängen und spezifischen Einzelakteuren hervorgehen. Und dass polit-ökonomische

Transformationsprojekte einen so hohen Komplexitätsgrad aufweisen, dass zu ihrer Realisierung die koordinierte Kompetenz unterschiedlicher Akteure unverzichtbar ist. In diesen Zusammenhängen kann kein Akteur eines Teilbereiches für sich reklamieren, eine allumfassende Gesamtkompetenz zu besitzen.

Ein solches mosaiklinkes Konzept wirft gegenwärtig wohl immer noch mehr Fragen auf, als dass es sich auf Gewissheiten berufen kann. Das gilt insbesondere mit Blick auf das Projekt einer Neuen Wirtschaftsdemokratie. Auch hier ist es für die gemeinsam Handelnden unverzichtbar, nicht nur Selbstverständnis und strategische Orientierungen gegenüber denen traditionslinker Bündnisse weiterzuentwickeln. Auch das Akteursspektrum muss deutlich weiter gefasst werden. Neben den klassischen Bündnispartnern (Gewerkschaften, linke Parteien und progressive Intellektuelle) wird ein mosaiklinkes Akteursprojekt die globalisierungskritischen Initiativen und Bewegungen sowie die Vertreter*innen kritischer Konsumentenmacht umfassen müssen. Mit der Breite des Spektrums nehmen auch Abstimmungs- und Verständigungsprobleme unter den Beteiligten zu. Damit wird nicht nur die wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Bewegungs- und Organisationskulturen zur Schlüsselressource kollektiver Politikfähigkeit. Zugleich steigt die Bedeutung politisch integrierender Projekte. Integrationspotenziale und strategischen Stellenwert der Neuen Wirtschaftsdemokratie in einem solchen Kontext gilt es, auszuleuchten (Urban und Hebel 2023; Urban 2024).

Werden die Gewerkschaften trotz aller Widrigkeiten einen Beitrag dazu leisten wollen und können, die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen in Unternehmen und Wirtschaftspolitik auf die Agenda zu setzen? Über das Wollen werden die Debatten der nahen Zukunft und die Bereitschaft der gewerkschaftlichen Apparate zu einer problemgerechten Strategiedebatte entscheiden. Das Können wird davon abhängen, welche Relevanz Belegschaften und gewerkschaftliche Aktivist*innen dem Projekt einer neuen öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie beimessen: ob es als Rhetorik- oder Utopiethema behandelt und in allzu ferne Zukunft verschoben wird, oder ob es als Voraussetzung der Möglichkeit begriffen wird, die Option auf eine solidarischere sowie ökologisch nachhaltige Ökonomie zu öffnen.

6. Ausblick: Demokratiepolitische Progression und gesellschaftlicher Zusatznutzen

Eine erfolgreiche Politik gegen den alltäglichen Autoritarismus und für mehr Demokratie im kapitalistischen Betrieb liefe nicht nur auf eine humanere Arbeitswelt hinaus. Sie könnte zugleich auf einen doppelten gesellschaftlichen Zusatznutzen hoffen. Mehr Partizipation am Arbeitsplatz und vor allem die umfassende Einbindung der betrieblichen Interessenvertretungen in die betrieblichen Transformationsprozesse böten die Chance, soziale Friktionen und Interessenverletzungen der abhängigen Arbeit im ökologischen Transformationsprozess zu reduzieren sowie Akzeptanz und Zustimmung in den Belegschaften zu diesem sozial riskanten Prozess zu erhöhen. Darüber hinaus könnte die Demokratisierung betrieblicher Strukturen einen zentralen Beitrag zur Bekämpfung rechter Kräfte in den Betrieben leisten und damit dazu beitragen, eine Keimzelle des rechten Autoritarismus in Gesellschaft und Politik auszutrocknen. Demokratische Progression im Ökonomischen erwiese sich als Instrument der Prävention demokratischer Regression und als Stütze demokratischer Nachhaltigkeit in Gesellschaft und Politik.

Die begründete Hoffnung auf den gesellschaftlichen Zusatznutzen einer ökosozialen Wirtschaftsdemokratie sollte zu einer Aufwertung betrieblicher und wirtschaftspolitischer Arenen bei der Bekämpfung rechter Entwicklungen und dem Bemühen um eine sozial-ökologische Transformation führen. Das gilt für die sozialwissenschaftliche Forschung wie für die Politik. Die Demokratisierung des Ökonomischen sollte als Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Suche nach einem neuen Reformismus dienen, den es zu konzipieren und zu praktizieren gilt. Warum aber die Dominanz des Konjunktivs am Ende des vorliegenden Beitrags? Sie speist sich nicht aus dem Misstrauen gegenüber der Solidität der Argumente. Sie verweist vielmehr auf die wissenschaftlichen und politischen Landkarten in den führenden kapitalistischen Demokratien. Weder wird systematisch an den Konturen einer öffentlichen Soziologie der Wirtschaftsdemokratie gearbeitet (dazu Urban 2018a; Deutschmann 2024), noch verfügt die gesellschaftliche und politische Linke über die Konzept- und Macht-Ressourcen, die zur Realisierung von Projekten dieser Art unabdingbar wären. Bleibt zu hoffen, dass sich das – möglichst bald – ändern lässt.

Literatur

- Anderson, E. (2019). *Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden)*. Berlin: Suhrkamp.
- Deutschmann, C. (2024). Degrowth: Der Weg zur Bewältigung der Klimakrise? *Soziopolis*. Verfügbar unter: <https://www.sociopolis.de/degrowth-der-weg-zur-bewaeltigung-der-klimakrise.html> [21.08.2024].
- Dörre, K., Liebig, S., Lucht, K., & Sittel, J. (2023). Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. *Berliner Journal für Soziologie*. <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z> [18.12.2023].
- Hohendanner, C., & Kohaut, S. (2024). Tarifbindung und Mitbestimmung: Keine Trendumkehr in Westdeutschland, Stabilisierung in Ostdeutschland. *IAB-Forum*. Verfügbar unter: <https://www.iab-forum.de/tarifbindung-und-mitbestimmung> [14.06.2024].
- Hurtz, S. (2024). Warum Tech-Milliardäre plötzlich Trump huldigen. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/lux.V5R6z7HP2MrLRhX5D7asJC> [28.07.2024].
- Lindner, R. (2024). Trump findet Freunde an der Wall Street und im Silicon Valley. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 124, 31. Mai, S. 24.
- Marx, K. (1980). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (MEW 23)*. Berlin: Dietz.
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, W. (2024). Wie resilient ist unsere Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 27, S. 18–25.
- Rosa, H. (2005). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Tooze, A. (2022). Kawumm! *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 29, 14. Juli.
- Urban, H.-J. (2024). Demokratiepoltik im Betrieb. Perspektiven einer demokratischen Arbeitswelt. In: H.-J. Urban, *Gute Arbeit gegen rechts. Arbeitspolitik: Praxis, Theorie, Strategie*. Hamburg: VSA, S. 14–36.
- Urban, H.-J. (2023). Mosaik-Linke. In *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Bd. 9/II, S. 1494–1512). Bonn: Argument.
- Urban, H.-J. (2019). *Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- Urban, H.-J. (2018a). Ausbruch aus dem Gehäuse der European Governance. Überlegungen zu einer Soziologie der Wirtschaftsdemokratie in transformatorischer Absicht. *Berliner Journal für Soziologie*, H. 1–2, S. 91–122.
- Urban, H.-J. (2018b). Kampf um die Hegemonie. Die Gewerkschaften und die neue Rechte. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 3, S. 103–122.
- Urban, H.-J., & Hebel, S. (2023). *Arbeit. Macht. Krise. Über Krisen des Kapitalismus und Pfade in eine nachhaltige Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus.

